

Maahnruf

Organ der Kommunistischen Linksopposition

Zu beziehen durch
Josef Güttel, Wien, XXI, Stryckgasse 4
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN

Nr. 2 Jänner 1933 5. Jahrg.

Erscheint 14 tglig. — Preis bei Arbeitslosenvermittlung und Auszahlungsstellen 12 Groschen. Abonnement vierteljährig S — 90

Der lebende Marxismus und seine großen Toten

11 Jahre ist es her, seit die siegreiche bürgerliche Konterevolution Spartakus niederwarf und seine Führer, Karl und Rosa, ermordete — 9 Jahre sind vergangen, seit der unerbittliche Tod Wladimir Iljitsch Lenin den Reihen der bolschewistischen Partei, den Reihen der Komintern, entriß.

In zahllosen Gedankartikeln wird das Leben und Wirken dieser großen Führer der proletarischen Revolution geschildert werden, werden dem deutschen Proletariat von neuem jene grauenvollen Tage vor dem geistigen Auge erstehen, wo Rosa und Karl, zu Tode getötet vom „Vorwärts“ und den „Paladinen der Republik“, den Noske, Scheidemann u. Co., in die Hände der Offiziere Noskes fielen und ermordet wurden.

An uns, die unermüdetlich die Waffen der Kritik handhaben, um die Komm. Partei und die Komintern zu befähigen, das politische Testament Lenins, Luxemburgs und Liebknechts durchzuführen, ist es, entgegen der offiziellen Legende das Lebendige und Unsterbliche der großen Toten der internationalen Revolution hervorzuheben.

Die offizielle Legende hat aus Wladimir Iljitsch einen Fetisch gemacht. Sie leugnet die tiefe innere Entwicklung in der genialen Konzeption Lenins, sie verbietet dem Marxismus, kritisch zu untersuchen, welche neue Erfahrungen, welche neuen historischen Gesichtspunkte Lenin, zu Veränderungen in der Strategie veranlaßten (z. B. der Übergang von der Losung der demokratischen Diktatur zur proletarischen Diktatur), oder zum Übergang zu einer neuen Taktik.

Die weltgeschichtliche Bedeutung Lenins liegt nicht in der „Unfehlbarkeit“. Diese besaß er weder noch konnte er sie besitzen. Niemand wollte das besser, als er selbst und als er am 3. Weltkongress gezwungen war, gute, aber irrende Revolutionäre abzukanzeln, da schrieb er über seine eigene „Unfehlbarkeit“:

„Als ich in der Emigration war, habe ich, soweit ich mir jetzt darüber Rechenschaft geben kann, mehr als einmal eine zu sehr „linke“ Stellung eingenommen.

Im August 1917 war ich noch in der Emigration. Zu jener Zeit stellte ich dem Zentralkomitee unserer Partei einen zu „linken“ Antrag, der glücklicherweise einfach zurückgewiesen wurde.“

So dachte, sprach und schrieb Wladimir Iljitsch über seine eigene Unfehlbarkeit. Nichts lag ihm ferner als der Gründer eines neuen theoretischen Systems zu werden, von der Strategie der proletarischen Revolution bis zur Philosophie. Er war auf allen Gebieten ein orthodoxer Marxist, der die dialektische Methode zu handhaben verstand, der besser als seine Zeitgenossen erfaßt hatte, daß der Marxismus und seine materialistisch-dialektische Methode es nicht nur gestattet, die Welt zu erkennen, sondern sie auch umzugestalten. In der selbständigen Anwendung des Marxismus auf seine Epoche, den Imperialismus, und sein Land, das zurückgebliebene bäuerliche Rußland des Zarismus, gelangte Lenin schöpferisch zu neuen Resultaten, die eine dauernde Bereicherung und Weiterentwicklung des Marxismus darstellen. Hieher gehört vor allem die Theorie der proletarischen Diktatur, wie sie in seiner Schrift „Staat und Revolution“ niedergelegt ist, die Theorie der proletarischen Revolution als Bündnis mit den unteren Schichten des Dorfes in der nationalen, mit den kolonialen Völkern in der internationalen Arena.

Gemessen an der Höhe, die Wladimir Iljitsch erreichte, und die er gerade mitten im Kampf erreichte — das Jahr der Revolution, 1917, ist das Jahr der glanzvollsten inneren Entwicklung Lenins —, bleibt die Bedeutung Rosas zurück. Sie fällt der Feind an der Schwelle, an der Schwelle neuen Aufstieges, als sie eben die theoretischen Irrtümer abstreift, die ihre letzte, im Kerker verfaßte Schrift über die russische Revolution aufweist. Aber alle Fehler Rosas — ihre Theorie des imperialistischen Zusammenbruchs, ihre Stellung in der nationalen und Bauernfrage — hinderten sie nicht, kämpfend über ihre eigenen Fehler hinauszuwachsen.

Wenn die offizielle Legende — in die Welt gesetzt von der dogmatischen Schule Stalins — Luxemburg, Liebknecht und Mehring als ewig Irrende und Schwankende darzustellen versucht, so zeigt sie damit nur ihr völliges Unverständnis der Zeit und der Kämpfe, aus denen Rosa und Karl emporsprangen zu den Führern der deutschen Revolution.

In den Zeiten vorübergehender Festigung des Kapitalismus nach 1923, in der damals einsetzenden internationalen

Waffen über Oesterreich!

Bombenflugzeuge nehmen ihren Weg über Kärnten und Steiermark nach Ungarn. Waffen, die zur Ausrüstung von Armeekorps ausreichen, passieren die Straßen Oesterreichs auf ihrem Wege nach Ungarn. Das faschistische Italien und das feudalreaktionäre Ungarn bereiten ihre Revanche gegen die Militärdiktatur Jugoslawiens vor, die nur mit Bajonetten die sozialen und nationalen Gegensätze niederhalten kann. Mussolini-Horthy wollen durch einen Krieg ihre morsche Herrschaft auf Kosten ihres königlichen Nachbarn pöhlen.

Während Herr Dollfuß in Paris um die Gunst der Börse buhlt, die ihm die im Lausanner Vertrag in Aussicht gestellte Anleihe sichern soll, kokettiert er mit den Kriegsplänen der südlichen und östlichen Nachbarn Oesterreichs.

Der Arbeiterklasse droht zweifache Gefahr. Einerseits droht ihr durch die Knechtschaft, in die sie durch das kollektive Wirken der österreichischen Bourgeoisie mit der französischen Finanzaristokratie geraten ist (Genfer- und Lausanner Pakt) die Gefahr, einbezogen zu werden in die französischen imperialistischen Machtprojekte. Andererseits ist sie bedroht, erdrückt zu werden vom reaktionären Bündnis der österreichisch-ungarisch-italienischen Konterevolution. Welchen Weg immer letzten Endes die Bourgeoisie Oesterreichs einschlägt, im „Hexenkessel“ der imperialistischen Gegensätze und der reaktionären Pläne droht Oesterreich fast unvermeidlich Kriegsobjekt zu werden.

wenn die Arbeiterklasse den gordischen Knoten nicht mit dem revolutionären Schwert durchschlägt und damit den Werkstätten jenseits der Grenzen Oesterreichs die Hand reicht zum Bürgerkrieg gegen den imperialistischen Krieg.

Wer ist der Hauptfeind? Die Bourgeoisie im eigenen

Land! Wo liegt die Hauptgefahr? In unseren eigenen Reihen! Bei den Sozialpatrioten, Pazifisten und Reformisten von Schlage Seitz, Renner, Deutsch, Otto Bauer und Genossen. Nicht finanzielle, sondern imperialistische Erwägungen haben die französische Kammer bewogen, für Lausanne zu stimmen. Oesterreichs Schlüsselstellung bei imperialistischen Konflikten und nicht seine demokratische Staatsform bestimmt das Handeln der Pariser Börse. Die französischen Sozialisten haben für den Lausanner Sklavenpakt gestimmt und ihre Haltung mit dem Hinweis auf Otto Bauer begründet, der seinem französischen Parteigenossen Languet bei einer Unterredung in Wien erklärte, daß auch die österreichischen Sozialdemokraten nur aus „innerpolitischen Gründen“ (weil Heimwehler in der Regierung sitzen) gegen den Lausanner Vertrag gestimmt hätten. Nicht zufällig hat die Sozialdemokratie gerade jetzt diese Waffentransporte groß aufgewogen, obgleich sie zu den Transporten von der Tschechoslowakei nach Jugoslawien nicht zufällig schweigt.

Gegen die Waffentransporte von Italien nach Ungarn Neutralität vorschützend, spielt die österreichische Sozialdemokratie, ihrem alten Kurs treu bleibend, die anglo-französischen Imperialisten gegen die eigene Bourgeoisie aus, diese auf die Seite des französischen Imperialismus stoßend und gleichzeitig gegenüber den Arbeitern anti-imperialistische Opposition vortäuschend.

Je mehr die tief schwarzen Wolken am imperialistischen Horizont sich zu entladen drohen, desto klarer werden die sozialdemokratischen Parteien aller Länder Farbe bekennen müssen. Ihre pazifistischen Hülsen werden fallen, sie werden offen in das Lager der einen oder der anderen Front abfallen, die Arbeiterklasse dem Massenmord preisgebend. Das letzte Wort aber wird doch das internationale Proletariat sprechen.

Leipart proklamiert offiziell Einheitsfront mit Schleicher

Die Führer des ADGB fordern den Uebergang zur Militärdiktatur — Organisiert die revolutionäre Gewerkschaftsopposition innerhalb der Gewerkschaften!

Vor mehr als einem Monat hat der Bundesvorstand des ADGB eine Erklärung veröffentlicht (S. XII, 1932), in der gegen die Behauptung protestiert wird, daß die ADGB-Führer mit der NSDAP verhandeln. Wohlweislich hüte sich aber der Bundesvorstand, auf seine Verhandlungen mit Schleicher einzugehen.

Inzwischen ist der „Besuch“ Gregor Straßers in der Bundeshalle des ADGB in Bernau bekannt geworden und das „Dementi“ des Bundesvorstandes hat darat seine Haltlosigkeit demonstriert. Nun sieht sich Leipart zu einem neuen Schritt veranlaßt; er veröffentlicht in der Gewerkschafts-pressen (siehe z. B. „Der Schuhmacher“, Nr. 1 vom 3. 1. 1933) einen Aufruf an alle Mitglieder im ADGB, in dem es u. a. heißt:

„Unsere Ideen haben sich in der Öffentlichkeit mehr und mehr durchgesetzt. Heute versucht die Regierung von Schleicher einen Teil unserer Forderungen zu erfüllen. Den Sozialismus will die Regierung nicht verwirklichen. Das wissen wir wohl. Sie will im Gegenteil, ebenso wie die Regierung von Papen, die kapitalistische Wirtschaft befestigen. Aber können wir in dieser Situation die Anforderung der Regierung ablehnen, an der Durchführung der Arbeitsbeschaffung mitzuarbeiten?..“

Es wird sicherlich viele tausende Arbeiter im ADGB geben, die diesen Aufruf Leiparts gelesen haben, bedenklich den Kopf schütteln, aber dennoch meinen: „Leipart ist eben ein echter Reformist. Er will auch in dieser Situation durch Verhandeln etwas herausholen.“

Handelt es sich wirklich darum, daß Leipart etwas „herausholen“ will oder umgekehrt, will er die Gewerkschaften zur Militärdiktatur heranziehen? Das ist keine Frage des Rätselratens, das läßt sich durch den Theoretiker des Leipartkurses, Clemens Nörpel, feststellen, der die Theorie zur Leipart-Praxis entwickelt. Nörpel schreibt („Gewerkschafts-Zeitung“ Nr. 52, 1932):

„Für die Gewerkschaften gibt es keine unmittelbare Anteilnahme an der Staatsmacht und somit auch gar keine Opposition gegen eine Regierung in der Form der Opposition politischer Parteien. Für die Gewerkschaften gibt es nur eine taktische Einstellung zu jeder Regierung. Wenn gegenwärtig politische Parteien der Reichsregierung in scharfster Opposition gegenüberstehen, wenn sie dieser Regierung jedes Vertrauen entziehen, wenn sie alles tun, um diese Regierung zu stürzen, so erfüllen sie den Sinn einer politischen Partei. Es ist aber völlig ausgeschlossen, daß die Gewerkschaften in der Lage wären,

Reaktionsperiode, ist das geistige Erbe von Lenin und Luxemburg den Händen der Epigonen entglitten. Während sie Lenin vergötlichten und Rosa zu einer unverbesserlichen Halbmenschewistin machten, verloren die Epigonen den Boden des Marxismus unter den Füßen.

Heute gibt es Millionen Mitglieder in der russischen, hunderttausende in der deutschen Partei. Aber der revolutionäre, kritische Marxismus ist aus den Parteien der Komintern verbannt; es werden Gläubige erzogen, aber nicht Revolutionäre, Formeln gelehrt, nicht aber Erkenntnisse vermittelt. Die Entartung in der Theorie ist nur das Spiegelbild der realen inneren Schwäche einer Arbeiterpartei im Klassenkampf. Das zeigt sich heute bei allen Parteien der Komintern.

Wir kämpfen heute in Deutschland im Schatten der zweiten proletarischen Revolution, deren unterirdisches Grollen aus der Ferne schon vernehmbar ist. Wir haben hinter

uns zwei große, furchtbare Lehren: die Lehre von 1918/19, die Lehre einer elementaren, proletarischen Revolution, ohne eine starke Kampfpartei. Sie hat zum Sieg der bürgerlichen Gegenrevolution geführt.

Wir haben hinter uns die Revolution von 1923, die durch verhängnisvolle Fehler unserer Partei und der Komintern im Keime erstickt werden konnte.

Lernen wir, so lange es noch Zeit ist, lernen wir das geistige Erbe der großen Toten der proletarischen Revolution zu verwalten. Und lernen wir vor allem, im Kampf und aus den reichen Erfahrungen, die er uns vermittelt, unser theoretisches Rüstzeug zu überprüfen und zu verbessern. Gerade darin bestand das Große bei Wladimir Iljitsch, Rosa und Karl. Wie alle echten Revolutionäre entfaheten sie sich zu ihrer ganzen Größe erst mitten im offenen Kampf, durch die Tat.

derartige Aufgaben zu erfüllen. Zu jeder Regierung haben die Gewerkschaften Beziehungen aufzunehmen, sie haben an jede Regierung Forderungen zu stellen...

Das ist der Standpunkt der absoluten politischen Neutralität, der Standpunkt der amerikanischen Gompers-Gewerkschaften.

Gewerkschaftler, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, haben mit diesem reaktionär-bürgerlichen Standpunkt der politischen Neutralität nichts zu tun.

Jeder klassenbewußte Arbeiter weiß, daß die freien Gewerkschaften die Aufgabe haben, das Proletariat als Klasse zu sammeln und daß sie seine elementaren Klasseninteressen nur verstehen können, wenn sie den Klassenkampf des Proletariats führen. Jeder Klassenkampf aber ist auch ein politischer Kampf, er mündet letzten Endes in den Kampf um die politische Macht im Staate; eben darum ist das oberste Prinzip gewerkschaftlicher Tätigkeit, die politischen Bewegungen des Proletariats zu unterstützen, die Gewerkschaften in den Dienst des politischen Machtkampfes des Proletariats zu stellen, denn einen anderen Weg der Aufhebung der kapitalistischen Wirtschaft und der Lohnsklaverei als den der proletarischen Revolution gibt es nicht und kann es nicht geben.

Bei den Leipziger Nörpels kann uns ihr Kniefall vor Schleicher nicht wundern. Ist doch Leipziger der Wortführer der Auflösung der freien Gewerkschaften und ihrer Verschmelzung mit Hirschen und Christen zu einer nationalen, bürgerlichen Arbeitnehmerorganisation. — Mit dieser Strategie arbeiten die Leipziger und Co. der Militärdiktatur direkt in die Hände, sie handeln wie direkte Agenten der Konterrevolution in der Arbeiterbewegung. Die Militärdiktatur bereitet, sich verstärkend durch eine „nationale Konzentration“, die politische Abrechnung mit dem Proletariat, die Beseitigung der letzten, kümmerlichen demokratischen Rechte vor, die noch aus der Novemberrevolution geblieben sind.

Das strategische Ziel der Militärdiktatur ist, die Arbeiterklasse, entzweit und zersplittert, Teil um Teil, politisch zu besiegen.

Zunächst die Gewerkschaften politisch zu neutralisieren und damit die Waffe des Massenstreiks der Arbeiterklasse zu entwenden; dann die revolutionäre Vorhut, die Kommunisten, niederzuschlagen. Und schließlich die reformistischen Arbeiter der SPD, die allein ohnmächtig sind, zu provozieren und zu knebeln und das einzige, was sie bestehen lassen wird, das ist die Heldenfraktion der SPD im Reichstag. Die fliegt dann entweder mit den letzten Trümmern des Parlamentarismus oder bleibt als Teilchen des parlamentarischen Feigenblattes, wenn sich die Militärdiktatur nach Horthy Vorbild mit einem solchen schmückt.

Wir Kommunisten, die diese Entwicklung sehen, müssen daraus die Konsequenzen ziehen. Die Hegemonie der SPD im ADGB bricht langsam zusammen, seit jenem 20. Juli, der die SPD aus allen Himmeln und aus dem Staatsapparat stürzte. Seit auf SPD-Beamte in Preußens Aemtern Jagd gemacht wird, gehen die Leipziger in verstärktem Tempo ihre eigenen Wege. Wohl tragen sie noch das Mitgliedsbuch der SPD; aber es ist offenkundig, daß sie auf dem Altare der „politischen Neutralität“ auch die SPD zu opfern bereit sind. Am Ende des Reformismus wechseln die Leipziger die Pferde; sie steigen vom zusammengerittenen demokratischen Gaul der SPD auf das Schlachtross des Herrn Schleicher.

Wir wären schlechte Kommunisten, wenn wir es nicht jetzt, gerade jetzt, praktisch beweisen würden, daß wir Kommunisten die einzigen sind, die bereit und fähig sind, unsere ganze Kraft dafür einzusetzen, die freien Gewerkschaften vor dem Schicksal zu bewahren, das ihnen die Leipziger zudenken.

Gewiß: Wir kennen allzugut den veralteten, zünftlichen Charakter der freien Gewerkschaften. Aber wir wissen, daß unter revolutionärer Führung die Millionen Arbeiter in den freien Gewerkschaften die Kraft und die schöpferischen Energien besitzen, nicht nur ihre Organisationen in den Dienst des politischen Massenkampfes zu stellen, sondern auch im Prozeß des Kampfes ihre Gewerkschaften zu verändern, zu erneuern, in wirkliche, revolutionäre Industrieverbände zu verwandeln. Wenn wir das wollen — und ohne dies zu erreichen, ohne die aktive, freudige und vertrauensvolle Unterstützung der Arbeiter in den freien Gewerkschaften ist die proletarische Revolution nur ein schöner Traum —, dann müssen wir konsequent den Kurs auf die Einreichung der revolutionären Arbeiter, insbesondere der RGO, in die freien Gewerkschaften einschlagen. Die Hegemonie der ohnmächtigen SPD in den freien Gewerkschaften geht ihrem Ende entgegen. Die Alternative in den Gewerkschaften heißt: entweder der Kurs der „Amerikanisierung“, der völligen Verbürgerlichung und damit der Sprungung von innen heraus — die besten Arbeiter würden solche Gewerkschaften verlassen —, oder Erneuerung der Gewerkschaften durch den organisierten linken Flügel.

Gerade jetzt haben die Bezirksleitungswahlen im DMV in Berlin — in 26 Bezirken erhielt die Opposition zusammen 20 Stimmen! — gezeigt, wie weit wir noch von einem wirklichen linken Flügel in den freien Gewerkschaften, dank der RGO-Politik, entfernt sind. Der Kurs auf die geschlossene Ueberführung der RGO in die freien Gewerkschaften ist die Voraussetzung des Aufbaues eines linken Flügels im ADGB.

„Wenn Lenin leben würde...“

Zur näheren Illustration der Rede Florins veröffentlichten wir von den zahlreichen Arbeiterbriefen aus der Sowjetunion einen kurzen Bericht aus Leningrad. Der Arbeiter K. W. schreibt uns am 2. I. 1933:

„Ich arbeite seit 12 Monaten in der Staatsdruckerei. Früher war ich in Berlin als Buchdrucker beschäftigt. Ich schloß in Berlin meinen Vertrag ab und erhielt einen Lohn von 250 Rubel. Leider hat sich der Realwert meines Lohnes durch die Verteuerung aller Lebensmittel sehr gesenkt. Im März trat eine 35prozentige Verteuerung ein und seither gingen die Preise immer höher. Jetzt, Ende Dezember, kostet auf dem freien Markt in Leningrad ein Kilogramm Butter 70 Rubel, Zucker 30 bis 35 Rubel, 10 Eier 6 Rubel, Milch 1 Rubel, Apfeln 1 Rubel das Stück. Die Unzufriedenheit ist sehr groß und viele Kollegen fahren heim. Die Arbeiter schimpfen alle auf Stalin, aber sie halten an der Komm. Partei und an den Sowjets fest. Allgemein hört man „Wenn Lenin leben würde, wären solche Zustände unmöglich“. Die meisten Arbeiter nähren sich von trockenem Brot und Tee, meistens fehlt der Tee und es gibt nur heißes Wasser. Das war auch meine Nahrung, als ich ein Monat lang krank war. Kartoffeln gibt es überhaupt nicht, Schuhe und Anzüge kosten jetzt das Doppelte und Dreifache wie am Beginn des Jahres und die Qualität ist hundsmiserabel. Bis mein Vertrag abläuft, fahre ich heim...“

Dieser kurze Bericht von Anfang Januar, der jüngste Bericht, der uns vorliegt, beleuchtet kraft der gegenwärtigen materiellen Lage der Arbeiter. Er zeigt aber auch, wie tief die proletarische Diktatur im Proletariat verankert ist; seine Ablehnung gilt nicht dem System, es gilt dem bürokratisch-zentralistischen Prinzip Stalins.

Je länger aber die bolschewistische Partei durch die Politik Stalins vor den russischen Arbeitern kompromittiert wird, desto größer wird die Gefahr, daß sich die Unzufriedenheit der Massen auch gegen die Partei richten wird. Von allen Gefahren ist das die größte; denn das Zusammenfallen des Abrückens breiter Arbeitermassen mit der bürgerlichen Unzufriedenheit über die Zwangs Kollektivierung muß zu einer offenen Krise der proletarischen Diktatur führen.

Nachwort zu Trotzki's Kopenhagen-Vortrag

Bekanntlich hat Gen. Trotzki am 27. November in Kopenhagen einen Vortrag über die russische Revolution gehalten. Auf den Inhalt dieses Vortrages, der mit außerordentlicher Klarheit und Präzision die Ergebnisse zusammenfaßt, zu denen Trotzki in seinem neuesten Werk, dem Band II der Geschichte der Russischen Revolution („Oktoberrevolution“) gelangt, werden wir in der nächsten Nummer eingehen, in der wir uns eingehend mit diesem grundlegenden Geschichtswerk Trotzki auseinandersetzen.

Die offizielle Presse der Komintern benützt diese Reise zu ihrer satissamen bekannnten, schmutzigen Hetze gegen Genossen Trotzki. Es lohnt sich nicht, über diese Dinge viele Worte zu verlieren. Was Trotzki in Kopenhagen vor den sozialistischen Studenten, als deren Gast er sprach, ausführte, das waren die Ideen des revolutionären Marxismus, ein einziges großes Bekenntnis zu jenen Ideen, die die Oktoberrevolution vorbereiteten, zu jenen Taten, die ein neues Kapitel in der Weltgeschichte eröffnet haben und zu jenem Manne, der wie kein zweiter den Sieg der russischen Revolution organisierte: zu Wladimir Iljitsch Lenin.

Trotzki: Ueber Lenin“)

Der Verlag „Öffentliches Leben“ hat das Buch Trotzki über Lenin, das wenige Monate nach dem Tode Lenins geschrieben und von den offiziellen Instanzen sehr bald verfiemt wurde, neu herausgegeben, da das Buch heute fast nicht mehr zu haben ist.

Geschrieben nach dem ersten Auftreten Trotzki's gegen den „rasenden Bürokratismus“ (Moskauer Opposition 1923) stellt das Buch bereits den Anfang des Kampfes Trotzki's gegen die Dogmatisierung Lenins dar. Es ist nicht der „Heilige“ im Mausoleum, es ist der lebendige Lenin, der uns in den Skizzen Trotzki's entgegentritt.

Obgleich in den neuen Werken Trotzki's, insbesondere in seinem umfassenden Werk über die Februar- und Oktoberrevolution eine Reihe Fragen, die hier nur skizzenhaft gestreift werden, mit wissenschaftlicher Tiefe behandelt werden, so hat dieses Buch weder an Reiz, noch an Wert eingebüßt.

*) Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin 1933.

Ein merkwürdiges Dementi

Die „Tass“, die sowjetrussische Telegraphenagentur, bestreitet die Nachrichten von den Verbannungen und Einkerkierungen. Aber dieses Dementi ist so zweideutig, daß es nicht ernst genommen werden kann. So wird dort abgestritten, daß

„Verhaftungen und Deportationen ehemaliger Volkskommisars, wie z. B. Sinowjew und Kamenew“, vorgenommen wurden. Warum diese „Ungenauigkeit“, wo es doch der „Tass“ bekannt sein sollte, daß Sinowjew niemals Volkskommissar war?

Wir kennen die „Dementis“ Stalins; sie haben bekanntlich häufig ihre kurzen Beine gezeigt. Fest steht, daß das ZK der WKP die Verbannung Sinowjews und Kamenew's verfügt hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie die Durchführung dieses Beschlusses angesichts der kritischen Stimmung der Arbeiterklasse im letzten Augenblick aufgeschoben hat. Wir werden darüber noch näheres berichten, bis neue Nachrichten aus der USSR eintreffen.

Die Wahrheit über die Sowjetunion!

Unter diesem Titel veröffentlicht das ZK der KPD eine Rede, die der neue politische Leiter der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, Florin, auf der Reichsparteiarbeiterkonferenz (15.—18. Oktober 1932) hielt.

Diese Konferenz der Stäbe der Partei, der Elite des Apparates, sollte einen Parteitag ersetzen, denn Parteitage abzuhalten, ist seit 1929, seit dem Weddinger Parteitag, nicht mehr üblich.

Vor diesen Spitzen des Parteiapparates referierte also Gen. Florin über die Lage in Rußland. Wie, das soll an einigen markanten Beispielen gezeigt werden.

Ueber die Tatsache, daß es sich praktisch als unmöglich erwies, den Fünfjahresplan in 4 Jahren durchzuführen, geht Florin mit der zweideutigen Phrase hinweg, daß es gelungen ist,

„diesen gewaltigen Aufbauplan nicht in fünf Jahren, sondern im Grundlegenden schon in vier Jahren zu erfüllen.“

Das arme, gehorsame Bürokraten-Plenum klatschte Beifall und keiner fragte, inwieweit sich das „Grundlegende“ von den Planziffern unterscheidet, was den Umfang der Produktion, ihre Qualität, die Selbstkostenpreise, und insbesondere was die Landwirtschaft betrifft.

Wie aber die Tatsache erklären, daß der Mangel an den notwendigsten Gebrauchsgütern, vor allem aber an Lebensmitteln, einen unerträglichen Grad erreicht hat, daß die Schlangen vor den Läden wachsen?

„Man spricht hier in Deutschland davon, daß die Arbeiter Schlange stehen. Jawohl, vor den Klosken, wo die „Prawda“ verkauft wird, wo Zeitungen verkauft werden, stehen die Menschen Schlange. (Großer Beifall bei den Delegierten).“

Es lohnt sich nicht, ein Wort über die abgrundtiefe bürokratische Verlogenheit Florins zu verlieren. Wahrhaft, eine einzigartige internationale Arbeitsteilung: die schweren Fehler der Stalinschen Wirtschaftspolitik zwingen die russischen Arbeiter zum Darben, zum Schlagen stehen, obgleich bei einer richtigen, durchdachten, auf der schöpferischen Arbeiterdemokratie aufgebauten Wirtschaftspolitik kein Darben mehr notwendig wäre — und der deutsche Bürokrat Florin feiert das Schlagen-Stehen der russischen Arbeiter als „revolutionäre Errungenschaft“! Wen wundert es, daß von den 850.000 kommunistischen Wählern in Groß-Berlin nur 25.000 die „Rote Fahne“ kaufen, die solche „Wahrheiten“ Florinscher Prägung enthält?

Wir schweigen hier von den üblichen theoretischen Weisheiten, die Florin in seiner Mappe direkt aus Moskau importiert hat und die wir von Stalin, Molotow und Manuilsky zu Genüge aufgewarnt bekommen haben, vor allem von den Problemen der Kollektivierung, von der Frage „Wer schlägt wen?“, vom Eintritt in die „Periode des Sozialismus“ usw. Sie sind für Stalin charakteristisch, nicht aber für Florin.

Florin zählt uns aus den Ziffern des zweiten Fünfjahresplanes die gigantischen Produktionsziele auf, die dort gesteckt sind. Aber Florin vergißt die elementare Wahrheit des Marxismus, die Lenin mit den Worten ausdrückte: „Andererseits läßt sich die Masse der Werktätigen nie dazu bringen, sich einen allgemeinen Fortschritt des

Landes vorzustellen, ohne ökonomische (wirtschaftliche) Forderungen, ohne unmittelbare und sofortige Verbesserung ihrer Lage. Die Masse wird in die Bewegung hineingezogen, nimmt an ihr energischen Anteil, weiß sie zu schützen und entwickelt Heroismus, Beharrlichkeit und Eigenheit für die große Sache nur dann, wenn auch die ökonomische Lage der Arbeiter gebessert wird.“ (Lenin: „Ökonomischer und politischer Streik“.)

Diese elementare Wahrheit wird unter der Herrschaft der proletarischen Diktatur, vor allem in der Etappe des Bürgerkrieges, modifiziert. Auch hungernd verteidigt der Arbeiter seine Staatsmacht. Aber das bedeutet nicht, daß diese Wahrheit ihre Bedeutung überhaupt eingebüßt hat. Fünfzehn Jahre nach dem Oktobersieg, am Vorabend des zweiten Fünfjahresplans, genügt der Appell an das Klassenbewußtsein nicht, um das russische Proletariat zu den höchsten Leistungen anzuspornen. Die Gebote der Stalinschen Politik können die Gesetze der menschlichen Physiologie nicht außer Kraft setzen; Nerven- und Muskelkräfte hängen vom Ernährungsstand ab und mit Heroismus allein kann man die Produktivität der menschlichen Arbeit nicht heben.

Die Folgen der schlechten wirtschaftlichen Lage der russischen Arbeiter sind allgemein bekannt. Die ganze sowjetrussische Presse klagt über die Fluktuation in den Betrieben, die dort am stärksten ist, wo Lebens- und Arbeitsverhältnisse am schlechtesten sind, wie z. B. in Donez-Gebiet.

Auch Held Florin hat von dieser Fluktuation gehört, er kann sie nicht einfach verschweigen. Wie aber erklärt dieser „Marxist“, Marke 1932, die beunruhigende Tatsache der Fluktuation:

„Die Sozialdemokratie erzählt niemals den Arbeitern, daß es in Rußland Wandervölker gab und in der Sowjetunion heute noch gibt. Daß dieser Wandertreib noch in diesen Leuten steckt und eine starke Fluktuation in den Betrieben mit sich bringt. Die Arbeiter arbeiten einige Monate in der Fabrik und geben wieder fort...“

So steht es schwarz auf weiß auf Seite 17 der Broschüre! So hat Florin, Mitglied des ZK, Polleiter von Berlin-Brandenburg, zu der Garde des Apparates gesprochen! Und keiner stand auf, kein einziger führte sich und verteidigte den lebendigen Marxismus gegen diese Schwärzerei eines Ignoranten!

Es gibt in der Berliner Organisation Genossen, die haben gehofft, daß mit Florin ein neuer Geist in die Bezirksleitung einziehen wird. Mögen sie aufmerksam diese Broschüre lesen, sie werden selbst erkennen, wessen Geistes Kind er ist: vom kritischen Geiste des Marxismus hat er wahrlich keinen Hauch verspürt. Der Fraktion Thälmann verbunden, nährt er sich, ebenso wie die anderen Mitglieder des „bolschewistischen ZK“, von der theoretischen Margarine Stalins. Wo er mit den Tatsachen in allzu krassem Widerspruch steht, dort hilft nur eines: Lügen und Ersetzung des Marxismus durch bürgerliche Philisterei! —

Abonnieren und verbreiten den „Mahnru!“

„Revolte von Vorau“

Bemerkungen aus der Ferne über die oststeirische Bauernrevolte.

I. Die Agrarrevolution wächst unterirdisch in Mittel-, Süd- und Osteuropa heran. Tiefe Weltgetreide, tiefe Fleisch- und Fettpreise, Ueberlegenheit der industrialisierten, mechanisierten Landwirtschaft Amerikas sind die Ursachen der Agrarkrise in Europa. Die Agrarrevolution pocht an die Tore der magyarischen Herren, sie erhebt in Polen ihr Haupt, sie ledert in Rumänien, Jugoslawien, der Slowakei empor, sie wirft ihre Schatten über Deutschland.

II. Die Konterrevolution versucht überall, die Radikalisierung des Dorfes als Springbrett für die Niederschlagung der Arbeiterbewegung auszunutzen. „Schuld an eurem Elend“, sagen die preußischen Junker, die österreichischen Großgrundbesitzer, „schuld sind die Arbeiter. Ihre sozialen Rechte erfordern hohe Steuern. Diese Steuern erdrücken euch“. Und der Faschismus fügt hinzu: „Schuld ist die Stadt, die Stadt der Juden, Banken und Roten“.

So versucht die Konterrevolution, die „feinen Herren“ mit den Reipetischen und die plebejischen Landknechte des Faschismus die Klassengegensätze im Dorf durch den gemeinsamen Kampf des Dorfes, geführt vom Junker und Großbauern, gegen die Arbeiterklasse zu überbrücken.

III. Es gelingt nicht überall mehr! Der ungarische Sozialdemokrat muß berichten, wie der Bolschewismus aus den Ackerfurchen der ungarischen Tiefebene aufsteigt. Für die Stimmung des polnischen Dorfes ist die Linkswendung des konservativen Bauernführers Witos (Ministerpräsident vor Pilsudskis Staatsstreich) symptomatisch, auf dem Boden der Radikalisierung des Dorfes wächst der Kommunismus in Bulgarien und über das ukrainische Dorf berichtet das polnische Regierungsblatt „Kurjer Wilenski“:

„Unter den ukrainischen Bauern Wolhyniens herrscht eine rebellische Stimmung. Die Volkslieder und alten Bräuche schwinden, die Verbindung mit der Kirche hat sich auffallend gelockert, Hochzeiten und Taufen finden ohne Beteiligung der Geistlichkeit statt und anstatt der alten Volkslieder singt man bei solchen Gelegenheiten das Lied von Budjonny, dem bekannten Reiterführer der Roten Armee, das Marschlied der kommunistischen Jugendorganisation und ein Lied zum Ruhm der Sowjetluftflotte. In manchen Bezirken haben schwere Bauernmaßnahmen stattgefunden und die außerordentlich scharfen Maßnahmen der Behörden haben zur Entvölkerung ganzer Dörfer geführt, beispielsweise im Kreise Kowel. Die Bauern flüchten so manches und man findet bei ihnen große Mengen agitatorischer Sowjetliteratur, die offenbar immer wieder über die Grenze eingeschmuggelt wird.“

IV. Das sind die internationalen Hintergründe der Radikalisierung des österreichischen Dorfes. Der „Hörndlbauer“ bekommt blutwenig für sein Stück Vieh, er bezahlt aber viel für Futtermittel infolge der Zollwucherpolitik der Regierung.

Die Aufgabe des österreichischen Proletariats besteht darin, den Klassenkampf der Kleinbauern gegen die Großbauern und Großgrundbesitzer zu führen. Dazu ist notwendig ein revolutionäres Agrarprogramm, das die sofortige entschuldigungslose Entignung des Großgrundbesitzes und der Kirche vorsieht, eine Verringerung der Steuern usw. Die entscheidende und wirkliche Stütze der proletarischen Revolution im Dorf, das aber ist der Landarbeiter, dieser vorgeschobene Posten des Proletariats.

V. Die „Revolte von Vorau“ wirft ein alarmierendes Licht auf die Lage im österreichischen Dorf. Erdrückt von Steuern und Lasten, versuchen die mittleren Bauern, statt nach oben, nach unten zu stoßen, gegen die Krankenversicherung der Landarbeiter. Das ist das Symptomatische an dem Fall des Bauern Kerschbaumer in Schachen, dessen Pfändung die Revolte auslöste.

VI. Die Bauernrevolte in Vorau ist nicht mit dem Schlagwort „konterrevolutionär“ abzutun, obgleich sie noch im Zeichen der Parolen der Konterrevolution steht. Gleichzeitig aber signalisiert sie die sozialen Spannungen im Lager der Konterrevolution. Die konterrevolutionäre Regierung Döllfuß war gezwungen, ihre Maschinengewehre den rebellischen Bauern entgegenzustellen. Sie kann nicht die Wünsche nach Aufhebung der Krankenversicherung der Landarbeiter erfüllen, ohne die starke, unbesiegt österreichische Industriearbeiterklasse zum Kampf herauszufordern. Zu schwach, um die Arbeiterklasse ins Knie zu zwingen, vermag der herrschende finanzkapitalistische-großgrundbesitzlerische Block nicht die mittleren Bauern zu befriedigen. So trägt er selbst den Keim der Zersetzung in seine breiten sozialen Reserven im Dorf.

VII. Nicht, daß die Bauern von Vorau den Parolen der Konterrevolution folgen, ist charakteristisch, sondern daß sie in der gegenwärtigen Situation bei dem Versuch, diesen Parolen zu folgen, in Gegensatz zum herrschenden konterrevolutionären Regime kommen. Darin besteht gegenwärtig der dialektische Widerspruch im österreichischen Dorf. Dieser Widerspruch ist reif zu seiner Lösung. Diese Lösung kann nicht durch eine selbständige Bauernbewegung erfolgen, die nach zwei Fronten kämpft: Gegen das industrielle Proletariat und gegen den herrschenden kapitalistisch-agrarischen Block, der sich auf die Spitzen des Dorfes stützt. Man muß es sehen und daraus die Konsequenzen ziehen: Kleinbauer und Mittelbauer in Oesterreich sind heute so reif wie nie zuvor für ein ehrliches Bündnis mit dem Proletariat.

VIII. Die Führer der SP erklären heuchlerisch, sie wollen diesen Block! Aber sie wollen den Preis nicht zahlen, den dieser Block erfordert. Es gibt nur eines für den Mittelbauern: entweder er drückt gewaltsam nach unten, dann wird er konterrevolutionär, oder er schlägt gewaltsam nach oben, dann wird er revolutionär. Revolution oder Konterrevolution lautet die Alternative im Dorf. Und eben darum muß der Reformismus elend versagen, denn er kämpft nur mit Worten gegen die Spitzen des Dorfes und gegen das Finanzkapital.

Um die Kraft der Landarbeiter im Dorf zu stärken,

um sie zum Zentrum des Klassenkampfes im Dorf zu machen, die Kleinbauern anzuschließen, die Mittelbauern teils mit Sympathie, teils mit Neutralität zu erfüllen, und so gestützt das arbeitende Dorf gegen die wucherische Spitze des Dorfes zu führen — dazu bedarf es einer kraftvollen, revolutionären Arbeiterbewegung in der Stadt, proletarischer Massenaktionen gegen das Finanzkapital. Das Dorf folgt den Klassen und Parteien der Stadt als schwere, ungeformte, politisch unentwickelte soziale Reserve. Das arbeitende Dorf wird dem Proletariat nur dann folgen, wenn dieses im Massenkampf, in Massenstreiks seine Fähigkeit demonstriert, Gesellschaft und Staat revolutionär umzuwandeln. Indem die Renner und Bauer den proletarischen Klassenkampf in Fesseln schlagen, liefern sie das entmutigte, verwirrte arbeitende Dorf der Konterrevolution aus, geben sie praktisch den Landarbeiter preis!

IX. Die Bürokraten an der Spitze der österreichischen Kumpartei erkennen richtig den revolutionären Kern in der noch gegenrevolutionär geführten Bauernrevolte von Vorau. Aber sie sind ohnmächtig, die Wechselbeziehung zwischen proletarischem Klassenkampf und dem Kampf um die Führung im Dorf zu erkennen. Sie glauben, daß die sozialen Widersprüche im österreichischen Dorf zum Bauernkrieg wie in China führen werden. Sie sehen nicht, daß selbst der chinesische Bauernkrieg, auf dem Hintergrund

einer 400-Millionenmasse Bauern, sich so lange im wechselvollen Kreislauf bewegt, so lange nicht das industrielle Proletariat in den Städten erwacht, sich erhebt und damit erst dem Bauernkrieg seine starke, kraftvolle, zentrale Führung gibt.

Um wieviel mehr gilt dies für Mitteleuropa, für Deutschland und Oesterreich.

Die rebellischen Bauern von Vorau wollten nach Graz marschieren. Sie wollten nach Wien ziehen. Wäre das industrielle Proletariat von Graz und Wien unter revolutionärer Führung, wahrlich, zu Tausenden würden jetzt die Vertreter des Industrieproletariats die Dörfer aufsuchen, ihnen zeigen, wer ihre Freunde und Feinde sind, und es würden sich zu den Massenaktionen in den Städten gegen Arbeitslosigkeit und Zollwucher die Massenaktionen der arbeitenden Bauern gegen Steuern und Pachtzinsen gesellen.

Aber Vorau bleibt eine widerspruchsvolle Episode und wird so lange eine Episode bleiben, so lange nicht die Kommunisten an der Spitze der Betriebe und Erwerbslosen stehen. Das österreichische, das steirische Dorf sucht bei den Klassen der Stadt Rat und Führung. Das Vertrauen zur Großbourgeoisie und zum Großgrundbesitz ist erschüttert. Der Faschismus vermag dem Dorf nicht den Weg ins Freie zu zeigen, denn er versucht das Dorf gegen die Stadt, statt die Kleinen im Dorf gegen die Ausbeuter zu führen.

Die Lehren von Grünbach

Die Gewerkschaftsbürokratie kapituliert — die RGO versagt

Wie im Berliner Verkehrsstreik, so auch in Grünbach. Die RGO vermag zwar unter bestimmten Voraussetzungen den Streik auszulösen, aber die Gewerkschaftsbürokratie beendet sie. Alle meterlangen Thesen über selbständige Streikführung durch die RGO haben sich in der lebendigen Praxis des Klassenkampfes als syndikalistische Prothese erwiesen. Die RGO humpelt um Nebenwag der Ereignisse einher, über die Unmoral und den Verrat der reformistischen Bonzen klagend, die allen RGO-Beschlüssen zum Trotz den letzten Trumpf auf ihrer Seite haben.

Die Rolle der Gewerkschaftsbürokratie

Nach fünfwöchentlichem geschlossenem Kampf, in dessen Verlauf die RGO auf jeden Anspruch, zu führen, zugunsten der Reformisten verzichtete und selbst als Minderheit von der Streikleitung ausgeschlossen war, gelang es den Reformisten, fast mühelos den Kampf ergebnislos abzubrechen. Welcher revolutionäre Arbeiter wird daran zweifeln, daß die Reformisten dem Streik vom Anfang an feindlich gegenüber standen und sich erst Führung nur bemächtigten, um dem Streik das Genick zu brechen? Kein revolutionär gesinnter Arbeiter billigt die Methoden der reformistischen Streikleitung während des Streiks, und beim Abbruch des Kampfes, der unter den Bajonetten der Gendarmerie vor sich ging. Mit Abscheu sah sich jeder aufrechte Arbeiter abwenden von den Methoden der SP-Bürokratie, die jede Sammelaktion der RGO und sonstigen revolutionären Solidaritätsaktionen zugunsten der streikenden Kumpels von Grünbach sabotierten und in vielen Fällen verhinderten. (So verweigerte auch die Gemeinde Wien die Bewilligung zu einer Sammelaktion für die Grünbacher Kumpels.)

Es kann unter Kommunisten keinen Zweifel geben, daß der Abbruch des mit vorbildlicher Solidarität geführten Kampfes durch die reformistische Bürokratie eine Niederlage des österreichischen Proletariats ist, und nur ein Kertenzglied in der Gesamtpolitik der Sozialdemokratie darstellt. Unter revolutionären Arbeitern wird es auch keinen Zweifel darüber geben, daß die Begründung der „Arbeiter-Zeitung“ über den ergebnislos abgebrochenen Kampf — „von den einhundert streikenden waren nicht mehr als etwa hundertfünfzig gewerkschaftlich organisiert“ — ein an sich borniert-bürokratisches Argument ist, hinter dem sich die wirklichen Gründe für die Kapitulation verbergen. Diese sind:

1. Um ihr bürokratisches Prestige zu wahren und sich dem Unternehmer gegenüber als die „vorbildlichsten“ Vertragspartner zu demonstrieren.

2. Um jede Streik- und Kampfart im Proletariat angesichts der ansteigenden sozialen Spannung durch die „Zweckmäßigkeit“ des Streiks in der Krise“ den Arbeitern zu vermeiden; daher die Sabotage jeder Verbreiterung des Kampfes durch die Einbeziehung des übrigen Reviers in den Streik.

3. Um sich als würdiger, die Notlage der Wirtschaft und insbesondere der Industrie betriebsleitender Kontrahentenpartnern gewisser, dem agrarischen Kurs der Regierung oppositionell gegenüberstehender Industriekreise anzubieten. Dann die Grundtendenz der sozialdemokratischen Politik liegt nicht im revolutionären Kampf gegen die bankrotte Bourgeoisie, sondern im Einvernehmen mit dieser die „höheren“ Auswüchse dieses Hungersystems zu lindern. Der Preis, den die Sozialdemokratie der Bourgeoisie für ihre geduldeten Mitarbeiter (die SP-Führer nennen dies — „demokratische Rechte“) bezahlt, und den die Bourgeoisie als Minimum fordert, ist: Soziale Friedlosigkeit, Zählung des proletarischen Blutes, der in Ketten gelegt, auf das Niveau der Barbarei gedrückt werden soll.

Daß die Sozialdemokratie dabei ihre eigene Zerstörung vorbereitet und ihrem Gegenspieler, dem Faschismus, in unüberbrückbarer Gegensatz gerät, ist nur die Wechselwirkung ihrer Politik. Von diesen Tatsachen ausgehend, müssen die Kommunisten an die Lehren des Grünbacher Streiks herantreten.

RGO oder Gewerkschaftseinheit?

So steht die Frage. Unüberbrücklich wird sich die stalinische Komintern die Köpfe anrennen, wird die besten

Kämpfer in aussichtslosen Kämpfen zermürben und am Ende nur vor Trümmern stehen, wenn sie den von ihr eingeschlagenen RGO-Kurs, der in sich zwei unüberbrückbare Widersprüche birgt, beibehält.

Entweder RGO, das ist selbständige Gewerkschaftsbewegung, oder Gewerkschaftseinheit, das ist Liquidierung der RGO.

Den furchtbarsten Schlägen auf dem Gebiete der RGO-Politik nachgebend, hat das letzte Ekki-Plenum bei Aufrechterhaltung der RGO, die inorgangewerkschaftliche Arbeit proklamiert. Es hat dem Verbändnis ein zweites zugefügt; statt die logische Konsequenz aus den bitteren Erfahrungen des RGO-Kurses zu ziehen, nämlich den Kampf um die gewerkschaftliche Einheit durch Verschmelzung der RGO mit den reformistischen Verbänden zu proklamieren, hält man die Spaltung durch die RGO aufrecht.

RGO-Strategie

Untersuchen wir nun die RGO-Strategie, die, nun um den Preis der Aufrechterhaltung des Prestiges der in Axionen dankenden Stalin-Bürokratie, von Sedan zu Sedan getrieben wird, in Grünbacher Streik.

Am 31. Dezember, nach vierwöchentlichem Kampf, wendet sich die sogenannte revolutionäre Streikleitung, die sich auf 80 RGO-Mitglieder stützte, an die Ortsgruppenleitung der Freien Gewerkschaft und den Betriebsrat mit einem Vorschlag von Kampfmaßnahmen; darunter die Forderung nach einer Streikvollversammlung und Wahl einer einheitlichen Streikleitung. Der Aufruf begründet diese Forderung folgendermaßen:

„Sie (die SP-Führer, Ann. d. R.) nehmen als Vorwand für die Sabotage der Streikvollversammlung die verlogene Behauptung, daß die Kommunisten und die RGO angeblich die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Streikenden zerschlagen und eine einheitliche Kampfführung verhindern wollen.“

Dieser Aufruf blieb ohne Wiederhall bei den einflussreichsten Streikenden. Kaum acht Tage nachher muß dieselbe revolutionäre Streikleitung zusehen, wie die Belegschaft einheitlich in die Grube eintritt, und resigniert feststellt:

„Sie (die SP-Bürokratie, Ann. d. R.) die gegen den Streik auftrat, stellte sich plötzlich an die Spitze. Wozu ... um den Streik in die Niederlage zu führen und im richtigen Moment abzuwürgen. Die revolutionäre Streikleitung hat von all Anfang an hingewiesen, daß die Gewerkschaftsbürokratie und ihr Anhang ... nur eine Sogse haben, nämlich den Streik so rasch als möglich zugunsten des Unternehmers abzuwürgen.“

Und weiter heißt es in der Erklärung der revolutionären Streikleitung:

„Wir selbst haben uns zu wenig gesichert gegen diese Verräter. Wir hätten sie gleich vom Anfang an mit Schimpf und Schande davonjagen müssen.“

Wie viele Zitate — so viele Wendungen und doppelt so viele Widersprüche. Die Gewerkschaftsbürokraten und ihren Anhang „vom Anfang an davonjagen“, ist ja die Achse, das Um und Auf der RGO-Strategie, es begründet die „Lehr“ von der selbständigen Streikführung. Wie vereinbart sich aber das „Davonjagenmüssen“ mit dem Angebot an den Anhang der Gewerkschaftsbürokratie? Was war richtig? Vom Anfang an „davonjagen“ oder vom Anfang an Angebot zum Zwecke der gemeinsamen Streikführung an diejenigen, die man vom Anfang an das „Verräter“ am Streik bezichtigte!

Nachdem die RGO-Strategen seit Jahren, nach jedem Streik schärfer das „Davonjagen“ predigen, ließen sie dem Anhang der Gewerkschaftsbürokratie die gemeinsame Streikführung gerade in dem Moment an, wo diese im Auftrag der Bürokratie den Streik „abwürgt“. Welch armselige, aber dafür um so aufblasendere Tröpfe seid ihr, RGO-Strategen! Gerade dann, wenn euch eure Strategie am Schwanz der Gewerkschaftsbürokratie ein bescheidenes einflussreiches Plätzchen zugewiesen hat, seid ihr so einfältig, zu glauben, durch ein Manöverchen in die Einheit mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokraten an die Führung des Streiks zu kommen, und zwar um den Preis, die Führung mit diesen zu teilen. Ihr haltet diese so dumme, wie ihr seid.

Bewerkschaftseinheit und Streikführung

Beides ist miteinander untrennbar verbunden. Alle Forderungen über die Streikinitiativfront werden von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern so lange nicht ernst genommen werden, so lange die IGO nicht innerhalb der Gewerkschaften als gewerkschaftliche Opposition, organisatorisch verbunden mit der großen Masse der organisierten Arbeiter wirkt. Die Führung in gewerkschaftlichen Kämpfen ist nur über den Weg der Gewerkschaften und innerhalb der Gewerkschaften durch die Revolutionsierung der Gewerkschaftsmitglieder zu erringen.

Die Führer der reformistischen Gewerkschaften darzulegen, ist nirgendwo und auch nicht in Grünberg gelungen, denn die IGO kann die Gewerkschaften nicht ersetzen, und hat sich außerhalb der oben genannten Einflüsse auf diese und deren Führung beruht.

Die 900 nichtorganisierten Kämpfer in Grünberg, die in geschlossener Front mehr als fünf Wochen im Kampf anhielten, sind eine gewaltige Reserve für eine innergewerkschaftliche Opposition, die, ohne dem Organisationselliptismus zu verfallen, die gewerkschaftliche Aktionsdisziplin anerkennt. Diese 900 Bergarbeiter, von einer freigewerkschaftlichen Opposition in die Gewerkschaft zurückgeführt, sind eine unüberwindliche Macht innerhalb der Gewerkschaft, an der vorausgesetzt bei einer wirklich kommunistischen Gewerkschaftsstruktur — der reaktionäre Kurs der Gewerkschaftsbürokratie zuweilen muß.

Weit davon entfernt, diese Schlussfolgerungen zu ziehen, sagt die Erklärung der Streikleitung:

„Deswegen gilt es heute mehr denn je... die IGO zu stärken... Deswegen gilt es, in der Gewerkschaft zu bleiben... und auch dort den Einfluß der IGO zu verankern.“

Was im Streik, also im Kampfe, nicht gelang, soll jetzt — nachdem dieser tragische Kurs, wie wir gesehen haben, jümmlich versagt hat — gelingen: nämlich, in der Gewerkschaft zu bleiben und zugleich die IGO stärken.

Der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sieht in der IGO eine Spaltung seiner Organisation, der Unorganisierte sieht in der IGO bestenfalls einen Propagandazirkel, der ihm weder die Vorteile der Gewerkschaft (Unterstützung usw.) bietet, noch an ihre Stelle etwas Gleichwertiges setzen kann. Daher folgte er beim Streikbruch zögernd der IGO, um gleich am folgenden Tage Aufschwung auf die Gewerkschaft zu finden, von der er Streikunterstützung und Rückhalt erwartete. Und am Ende ging er — gleich er sich über die Rolle der Bürokratie im klaren gewesen sein mochte — mit den gewerkschaftlichen Organisierten in den Scheitern zurück. Die IGO hat zwar in seinen Augen recht, er unterstützt sie zögernd, wenn dieser zum Kampf um ein größeres Stück Brot ruft, aber er kämpft mit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, ihre Führung ist auch seine.

Wendung in 24 Stunden

Was sind die Prinzipien wert, die im Moment der Gefahr untauglich sind und durch das gerade Gegenteil ersetzt werden? Vier Wochen während des Streiks und Jahre vorher predigen die IGO-Strategen den Kumpels — „lagt die Bonzen und ihren Anhang davon“, noch am 30. Dezember schlägt die „Rote Fahne“ auf diese Trommel: „Entreißt den Bürokraten ihren Durchführungsapparat!“ Nach vier Wochen Streik, als die Niederlage ihren Schatten bereits vorauswirft, also jetzt erst recht die letzte Kraft zum „Bavonjagen“ angespannt worden sollte, und die Führung des Streiks in die Hand zu bekommen, bietet man den „Verdornern“ von morgen die gemeinsame Streikführung an. Man macht aus der Not eine Tugend, und acht Tage später, als die Niederlage da ist, kehrt man zur Position von 30. Dezember zurück und sagt resigniert: „Wir hätten sie gleich vom Anfang mit Schimpf und Schande davonjagen sollen.“

Um diesen Rücksprung, von der Position des 30. Dezember zu der am 31. Dezember, vor den auf den Grünbacher Streik konzentrierten Genossen möglichst zu verschleiern, bringt die „Rote Fahne“ eine Erklärung des ZK, in der der Artikel „Kampf um die Gewerkschaftsfunktionen“ vom 30. Dezember als „links-reaktionärer

Fehler verurteilt wird. Ein Redaktor wird zum Sündenbock für die Generalität der letzten Jahre gestempelt. Diese Erklärung ist gezeichnet mit dem Stempel des Zynismus und der zitierten Begrenztheit des Zick-Zack-Kurses.

Massenkampf oder Spontaneitätillusion

Von der abenteuerlichen Illusion ausgehend, Massenkämpfe könnten von einer revolutionären Organisation, nach entsprechender propagandistischer Vorarbeit, unabhängig von Zeit und den realen Umständen politischer und wirtschaftlicher Natur und anderen Faktoren, ausgelöst werden, treibt es die IGO-Strategie dazu, Betriebe isoliert in den Streik zu treiben. Davon erwarten sie die ungeheure Wirkung, daß die übrigen Betriebe der Branche oder des Gebietes dem guten Beispiel folgen. Welch ein Wahn!

Die Strategie erfordert nur nutzlose Opfer. Die nutzlosen Genossen blieben auf der Strecke (Grünberg mangelnd bereit) und die Betriebe wurden kummertreu. Die IGO-Strategen, die sich äußerster revolutionärer Gehärdung, bemerkenswerter gar nicht, da ihre Praxis nur die Kehrerseite der reformistischen Methode ist. Sie haben sich zu Gefanzen der reformistischen Bürokratie gemacht, die jeden breiten Massenkampf als revolutionäre Gefahr unterdrückt und die Kampfmethoden des Proletariats in wirkungslos, isoliert und der monopolisierten, vorantreten und kontrollierten Industrie — meist aussichtslos Einzelkämpfe zertrümmert und isoliert. Die IGO-Strategen untergraben nicht nur ihre eigene Position in der Arbeiterschaft, sondern können mit ihrer Spontaneitätillusion dem reaktionären Kurs der Gewerkschaftsbürokratie entgegen.

Die Aufgabe der Kommunisten ist es nicht, die Arbeiterschaft in Einzelkämpfen verblutet zu lassen, sondern gerade auf die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit großer, geschlossener Massenkämpfe hinzuweisen, die allein den Weg zu schlagen vermögen in das Hungerregime, und den Weg zur revolutionären Lösung der Krise freimachen.

K. D.

Graz

Kolporteurs werden gesucht. Zu melden im Sekretariat des „Mahnruf“, Sigmundstadt 1, im Hofe, von 4 bis 6 Uhr nachm.

Achtung!

Auskünfte

Über alle die Arbeiterschaft betreffenden Fragen, Rechtsauskünfte für Arbeitslose (Schreiben von Genossen usw.), Entgegennahme von Arbeiterkorrespondenzen, Beratung in gewerkschaftlichen Fragen finden statt am Wochentagen von 4 bis 6 Uhr nachmittags im Sekretariat, Sigmundstadt 1 im Hofe (Speisesaal). Einzahlungen von Abonnements und Mitgliedsbeiträgen werden ebenfalls entgegengenommen.

Wissen ist Macht — Macht ist Wissen

Jeden Donnerstag um halb 8 Uhr abends findet in Graz im Sekretariat, Sigmundstadt 1, im Hofe, ein Diskussionsabend statt.

Tagsordnung:

Revölve von Vorus. — Die Lehren von Grünbach. Genossen! Ladet alle revolutionären Arbeiter und Funktionäre zu diesem wichtigen Thema ein. Alle Leser des „Mahnruf“ sind eingeladen.

An unsere Leser

Die Fortsetzung von „Sowjetwirtschaft in Gefahr“ von Trotzki erscheint wegen Platzmangels in der nächsten Nummer. Ebenso die Richtlinien zur Gewährung von Notstandsausheiten.

Wiener- und Provinzabonnenten

In Nr. 1 waren die Erlagscheine beigelegt. Sendet sofort das Abonnement ein, da wir auf jeden Betrag dringend angewiesen sind.

Öffentlichen, widrigenfalls die genannte Zeitung nicht mehr erscheinen dürfte.

Gründe. Durch das Impressum bezw. die Angaben des Beschuldigten ist erwiesen, daß er der verantwortliche Schriftleiter der Zeitung „Der neue Mahnruf“, Nummer 18 vom September 1932, war, in der unter der Überschrift: „Der Kreuzspengler von der Mühlgasse“ ein Aufsatz erschienen ist, der die im Urteilspruch zitierten Stellen enthält. Es wird dem P.A. Mißhandlung von Lehrlingen vorgeworfen, die sogar so weit ging, daß einer der Lehrlinge in den Krankenstand gehen mußte (somit Vorwurf einer strafbaren Körperverletzung, § 187 St.G.). Es wird ferner behauptet, daß die Lehrlinge zu Arbeiten verhalten werden, die ihnen nicht zukommen (Nachtopf-anstragen), was den Vorwurf unzulässiger gesetzswidriger Inanspruchnahme der Arbeitsleistung anderer bedeutet (§ 488 St.G.). Es werden ferner Tatsachen und Vorgänge des Privat- und Familienlebens des P.A. erzählt, die geeignet wären, ihn vor den Mitmenschen lächerlich zu machen und herabzusetzen (§ 489 St.G.). Der P.A. wird ferner als Kreuzspengler, Nobelfaschist, Heiligenspengler, sein Heim als Hakenkreuzler-Bude bezeichnet, was Verpötlungen im Sinne des § 191 St.G. gleichkommt. Eine Verpötlung ist auch die Stelle, die davon spricht, daß der P.A. die Hose ausziehen und einen Rock von seiner tapferen Frau anziehen sollte. Der Schuldpruch ist daher begründet. Bei der Strafbemessung war mildernd das Gedächtnis und vor allem die Abgabe einer loyalen Erklärung, daß ein Wahrheitsbeweis nicht möglich sei und daß der Besch. bedauert, daß der Artikel in das Blatt überhaupt aufgenommen wurde, erschwerend kam der Rückfall in Betracht. Die über den Angeklagten verhängte Strafe erscheint daher seinem Verschulden angemessen. Ueber Antrag des P.A. wurde der Angeklagte gemäß § 43/1 Pr.G. zur Veröffentlichung des Urteils in der Zeitung „Der neue Mahnruf“ verpflichtet. Die übrigen Entscheidungen beruhen auf den bezogenen Gesetzstellen. Wien, am 9. Dezember 1932. Richter: LGR. Dr. Ständeharter m. p. Schriftführer: Schlöser m. p.

Nieder mit dem japanischen Imperialismus!

Die japanischen Imperialisten haben ihren räuberischen Überfall auf China fortgesetzt: nach der Einnahme von Schanhaiwan planen sie Tientsin und Peking zu erobern.

Die japanischen Imperialisten rechnen damit, daß ihnen weder der USA-Imperialismus, noch viel weniger die europäischen Imperialisten ernste Schwierigkeiten bereiten werden. Sie profitieren von der imperialistischen Eifersucht zwischen USA und der anglo-französischen Entente.

Aber nicht nur das! Keine Macht der Welt — und gewiß nicht der japanische Imperialismus, der von einer schweren Wirtschaftskrise geschüttelt wird, von sozialer Kämpfen der Arbeiter, von den Stößen der Agrarrevolution und dem nationalen Freiheitsstreben Korcas bedroht wird — könnte es wagen, das 400-Millionen-Volk Chinas zu überfallen, wenn China nicht von innen her, durch seine eigene Konterrevolution, erstickt würde. Ist es ein Zufall, daß Japan in demselben Augenblick in die Provinz Jehol einmarschiert, wo Tschankaischek seine Armeen gegen die Agrarrevolution und die sowjetischen Agrargebiete Mittelchinas vorwärts treibt, wo die Konterrevolution zu neuen Schlägen gegen das Proletariat ausholt, Dschen-Du-Hsiu in Schanghai einkerkt, Huangping foltert, und mit allen Mitteln des Terrors die Arbeiter niederhält?

Die nationale Befreiung Chinas kann nicht das Werk seiner sozialen Unterdrücker sein, die seine lebendigen Volkskräfte, Arbeiter und Bauern, in blutige Fesseln schlagen, Japan schlagen, d. h. Tschankaischek schlagen.

Was uns Arbeiter schreiben

Weihnachtsbeobachtungen eines Grazer Arbeitslosen.

Wir kennen Weihnachten nur aus dem Kalender. Die überfüllten Auslagen sind unser Augenfutter. Unsere Kinder rufen bei den Schaufenstern nach Spielsachen, aber unser „Einkommen“ reicht kaum für Suppe und Brot. Die Bourgeoisie fühlt sich noch immer behaglich, sie feiert das Weihnachtsfest mit Wohlbehagen und gedankt ihrer Ordnungshüter, der Polizei. Auf allen Verkehrsposten gab es brennende Weihnachtsbäume mit Gieschenen. Sie haben allen Grund, ihrer Ordnungsgarden zu gedenken, denn diese behüten die feisten Bürger vor Störungen. Während in Graz 25.000 Arbeitslose hungern und frieren, ohne Aussicht auf Arbeit und Brot in dieser Gesellschaft darben, läßt die Bourgeoisie ihre Schutzgarden belohnen für ihre treuen Dienste...

Auf der Auszahlungsstelle verstärkte auch die Wache um Dreifache. Dort, wo der Hunger zuhause ist in seiner Masse, gibt man Gummiknüttel und blaue, Bohnen. Den Hütern dieser gottgewollten Hungerordnung, gibt man Geschenke... Die Herren vom Automobilklub, die Herren Bank- und Fabrikdirektoren haben ein edles Herz für Polizisten, aber eine Mördergrube für ihre Arbeiter und für die, die sie nicht mehr ausbeuten können, für uns Arbeitslose und Ausgesteuerte.

Wie lange noch wird sich das Proletariat solche Weihnachtsnachten lassen? Die Dreieinigkeit Pfaff, Adel, Kapital feiert die Geburt des Erlösers. Unsere Erlösung vom Fluch des Kapitalismus müssen wir uns selbst erkämpfen. Unsere Macht liegt in der revolutionären Erkenntnis, im Kommunismus, in der revolutionären Tat der proletarischen Kampfeinheitsfront.

Wie man einen Lehrling im Schlosse Thalerhof behandelt.

Der Junge Josef Weiß wurde als Gärtnerlehrling in der Gärtnerei Thalerhof zu einer dreijährigen Lehrzeit aufgenommen. Wegen vierwöchentlicher Krankheit wurde er nach zweijähriger Dienstzeit ohne Begründung entlassen. Entlohnung war seit dem zweiten Lehrjahre, aber nur über die Sommermonate, 5 S monatlich. Josef Weiß wird von seinen Arbeitskollegen als verträglich bezeichnet, von dem Obergärtner aber als roter Hund, Schwein und dgl. beschimpft. Eines Tages lag Weiß im Fieber zu Bette, da schüttelte der Obergärtner den im Bett Liegenden mit den Worten: „Steh auf, du roter Hund, und geh' in die Kirche“. Weiters ist zu bemerken, daß der Vertreter der Lehrlings-Schutzstelle Gen. Sonntag, Weiß wohl vertreten hat, bei Gericht scheinbar aber nichts erreicht wurde. Sein Stiefvater Anton Podrepsehek, wartet seit April 1932 auf Bescheid.

Preßfondsausweis

Finanz im kleinen S 81.80, von den Genossen(innen) S 71.75, von Ungenannt S 39.85, Karl S 1.50, --.50, Kristald S --.20, Paul S --.50, Polak S --.30, Steger S --.60, Stranig S --.70, Bloder S --.20, Cech S 2.55, Lenz S --.45, Scharl S --.30, Sparwetz S --.50, Holle S 1.--, Wrahs S --.30, Stampf S --.30, Ullry S --.80, Schlacher 1.20, Schwick 1.--, Binder --.50, Eichel --.20, Lenziger 1.--, Keppel --.20, Kogler --.20, Hirschmugl --.80, Melissenbichler --.60, Greb --.10, Stranz 3.--, Kummer --.40, Regar --.30, Kraser 1.28, Koraschetz --.70, Herm. Julie 1.--, Manner --.40, Max J. 1.90, Matz --.88, Riegler --.40, Puff --.30, Louisi 1.70, Reisinger --.70, Reisinger Joh. 1.50, Kollaritsch 2.50, Kiefer 3.48, Möstl --.30, Moser 2.30, Rabitsch 5.20, Rath K. 2.10, Steingruber --.50, Singer --.80, Gustl 2.06, Ruppitsch --.60, Derler --.60, Reinisch --.70, Fröhlich 4.68, Brandtner --.96, Franzl --.70, Beck 2.02, Polmer --.50, Bauer 1.68, Horvath 1.50, Persch --.50, Herl 3.41, Her. 2.02, Voitsberg 1.--, Simmerl S --.60. Insgesamt S 193.44.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V. Gartengasse 1. Verleger: Josef Göttl, Holzarbeiter, Wien, XXI., Streckgasse 4. (Im Auftrage der Komm. Linksoptionen.) Druck: „Adria“, Wien, II., Taborstraße 52 B.

Im Namen der Republik! S U 575/32-4

Das Strafbezirksgericht I in Wien als Pressengericht hat heute in Gegenwart des Privatanklagevertreters Dr. Leopold Wittmann und des Angeklagten Karl Daniel die Anklage, die der Privatankläger Adolf Brandau gegen Karl Daniel, 30 Jahre alt, verh., Metallarbeiter, erhoben hatte, nach durchgeführter Verhandlung zu Recht erkannt:

Der Angeklagte Karl Daniel ist schuldig, er habe im September 1932 in Wien als verantwortlicher Schriftleiter der Zeitung „Der Neue Mahnruf“ bei Aufnahme der Stellen: 1. „Der Kreuzspengler...“, 2. „...Nobelfaschisten...“, 3. „...den Nachtopf anstragen und als Lohn Ohrfeigen, daß einer der Lehrlinge in den Krankenstand treten mußte“, 4. „... der Mann ausziehen, abziehen, Kette loschen und hat überhäupt nichts zu reden. Für den alten Herr wäre es besser, wenn er die Hose auszieht und von seiner tapferen Frau den Rock anziehen möchte“, 5. „... denn der Mann muß so tanzen, wie sie pfeift“, 6. „... aber den Menschen gegenüber sich wie ein Barbar benehmen...“, 7. „... Heiligenspenglerfamilie...“, 8. „... regnet es heilige Schimpfwörter und obendrein gottgesegnete Ohrfeigen“, 9. „... Hakenkreuzler-Bude...“ in dem Aufsätze mit der Überschrift „Der Kreuzspengler von der Mühlgasse“ in Nummer 18 der genannten Zeitung vom September 1932, deren Inhalt den Tatbestand der Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre nach §§ 489, 499, 501 St.G. begründet, jene Sorgfalt vernachlässigt, bei deren pflichtmäßiger Anwendung die Aufnahme des strafbaren Inhaltes unterblieben wäre. Er hat hiernach die Übertretung des § 30 Pr.G. begangen und wird nach dieser Gesetzesstelle zu einer Geldstrafe im Betrage von S 20 (zwanzig Schilling), im Nichteinbringungsfall zu vier Tagen Arrest, und gemäß § 389 St.P.O. zum Ersatz der Kosten des Strafverfahrens verpflichtet. Gemäß § 43/1 Pr.G. wird der Angeklagte ferner verpflichtet, dieses Urteil in der ersten oder zweiten Nummer der Zeitung: „Der neue Mahnruf“, die nach Rechtskraft dieses Urteiles erschienen wird, in der in § 23 Pr.G. vorgeschriebenen Weise zu ver-